



Genießen Sie den Sommer

Denn danach wird's ungemütlich. Sich die Weltlage anzuschauen, macht depressiv. Da läuft in Großbritannien ein Regierungschef rum, der nicht mitbekommen will, dass seine Zeit abgelaufen ist, und in den USA steht jemand in den Startlöchern, dem nachgesagt wird, gegen sein Land geputscht haben zu wollen.

Die geplanten Wahlrechtsveränderungen würde man eher in Staaten wie Ungarn oder der Türkei vermuten, aber nicht in den USA. Man stelle sich vor, dass in einem Bundesstaat beispielsweise die Demokratische Partei die Mehrheit bei der Präsidentschaftswahl erringt, aber das Parlament dieses Staates beschließt, die Wahlmännerstimmen dem Kandidaten der Republikaner zuzuschreiben. So wollte es Donald Trump 2020 schon durchsetzen. Immer mehr verstärkt sich der Eindruck, Demokratien seien Auslaufmodelle.

Die so genannte „freie Welt“ schaut zu, wenn ein Staat dabei ist, systematisch einen anderen zu vernichten. Um einen Dritten Weltkrieg, der immer wahrscheinlicher zu werden scheint, zu verhindern, werden Waffen in das angegriffene Land geliefert und Sanktionen gegen den Angreifer verhängt. Die Waffenlieferungen sind vollkommen richtig und sollten so schnell wie möglich verstärkt werden. Am Ende aber, wann immer dieses sein wird, kann die Ukraine nicht gegen Russland gewinnen. Im günstigsten Fall bleibt ein geschrumpftes Land übrig. Die eroberten Gebiete wird Russland nie wieder zurückgeben. Und wie viele Gebiete Russland noch erobern wird, weiß heute niemand.

Es ist sicherlich eine steile These zu behaupten, Waffenlieferungen Ja, aber Sanktionen Nein. Dass Putin nach den „Wartungsarbeiten“ den Gashahn wieder aufdrehen wird, ist eher unwahrscheinlich. Ob er den Gashahn auch zuge dreht hätte, wenn es „nur“ Waffenlieferungen, aber keine Sanktionen geben würde, weiß auch niemand hierzulande. Eines wissen wir aber sehr genau: Die Sanktionen gegen Russland sind ein Bumerang, der uns mit voller Wucht im Herbst und Winter treffen wird und dessen Ausläufer uns schon jetzt erreicht haben. Putin sitzt am längeren Hebel.

Wie stark muss eigentlich eine Volkswirtschaft sein, um das alles verkraften zu können? Milliarden, inzwischen Billionen sind in Coronahilfen gesteckt worden und werden nun für Waffen und Kriegsfolgenhilfen benötigt. Das kann beim besten Willen nicht gutgehen.

Neuwahlen

Man traut sich kaum noch irgendwo zu erwähnen, dass man aus Berlin kommt. Obwohl zweifelsohne vieles in der Stadt funktioniert, zum Beispiel die Zerstörung der Verkehrsinfrastruktur durch teilweise unsinnige Radwege und die Vernichtung von Parkmöglichkeiten für Autos, bleibt bei vielen hängen, was wir nicht können. Nicht einmal richtig wählen.

Es wird also Neuwahlen geben. In wie vielen Wahlkreisen und Stimmbezirken genau, werden wir noch erfahren. Vermutlich im Frühjahr 2023 werden die Neuwahlen stattfinden. Ob sich dadurch an der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses etwas ändern muss, ist abzuwarten. Auch bei den Wahlkreisen des Bundestages könnte sich etwas ändern.

Bleiben wir erst einmal in Berlin. Die aktuelle Umfrage für Berlin stammt vom 19.06.2022 (INSA). Demnach käme die CDU auf 21 (+3), die SPD auf 21 (-0,4), Grüne 20 (+1,1), FDP 8 (+0,9), Linke 12 (-2,1) und AfD unverändert 8 Prozent. So sähe es vielleicht aus, wenn am Sonntag gewählt werden würde, wird aber nicht, wie unser Leser Werner K. aus Lichtenrade derartige Berichterstattung in paperpress stets kommentiert.

Was den Bund anbelangt, soll es eine Wahlreform geben, damit der Bundestag nicht immer größer wird, wegen der vielen Ausgleichs- und Überhangmandate. 299 Direktmandate und 299 Zweitstimmenmandate soll es künftig „nur“ noch geben. Darin soll sich der prozentuale Wählerwillen abbilden. So weit so gut. Dass aber den Wahlkreis nicht derjenige gewinnt, der die meisten Stimmen erzielt hat, sondern zum Ausgleich des prozentualen Verhältnisses der Zweit- oder Drittplatzierte, kann ja wohl nur ein übler Scherz sein. Wer seinen Wahlkreis gewonnen hat, hat ihn gewonnen. Wir sind hier nicht in den USA.

Der ARD Deutschlandtrend vom 7. Juli (Infratest dimap) hat folgende Werte ermittelt: Union 27 (+2,9), SPD 19 (-6,7), Grüne 23 (+8,2), FDP 8 (-3,5), Linke 4 (-0,9), AfD 11 (+0,7) Prozent. SPD und FDP sollten sich langsam ernsthafte Gedanken über die Performance ihres Spitzenpersonals machen. Sylt ist weder der SPD noch aktuell der FDP gut bekommen.

Genießen Sie den Sommer, so schön wird's nie wieder.

Ed Koch